

Großer, Günter

Article — Digitized Version

Den Aufschwung sichern

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Großer, Günter (1994) : Den Aufschwung sichern, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 74, Iss. 11, pp. 542-543

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137177>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Den Aufschwung sichern



Günter Großer

Die westdeutsche Wirtschaft entfaltet seit dem Frühjahr wieder konjunkturelle Dynamik: Neben der Ausfuhr nimmt nunmehr auch die Inlandsnachfrage zu, und das Tempo des Produktionsanstiegs geht merklich über das Wachstum des Produktionspotentials hinaus. Der Aufschwung hat damit schneller an Kraft gewonnen als allseits erwartet. Dies ist indes zu Beginn einer Konjunkturbelebung geradezu „normal“. Erfahrungsgemäß kann sich im Konjunkturtief, bei gedrückter Auslastung der Kapazitäten und steigender Arbeitslosigkeit, kaum jemand völlig dem vorherrschenden Eindruck entziehen, daß eine deutliche Wende zum Besseren angesichts der Stärke der retardierenden Faktoren einige Zeit brauchen werde.

Die Erholung der Produktion und der Wiederanstieg der Kapazitätsauslastung haben auch auf dem Arbeitsmarkt, der letztlich für die Wirtschaftspolitik das „Maß aller Dinge“ ist, erste Spuren hinterlassen, nachdem zuvor als Folge der Rezession innerhalb von wenig mehr als zwei Jahren der Verlust von rund 850 000 Arbeitsplätzen und ein ähnlich hoher Anstieg der Arbeitslosigkeit zu beklagen waren. Die Tendenzbesserung stellte sich, analog zur Entwicklung der konjunkturellen Dynamik, ebenfalls etwas früher als vorhergesehen ein. Aber es wäre zumindest voreilig, daraus bereits optimistische Schlüsse im Hinblick auf eine rasche Entlastung des Arbeitsmarktes zu ziehen. Diese wird etwa nach der jüngsten Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute, der zufolge sich der Konjunkturaufschwung 1995 – wie die Mehrheit meint – in wenig verändertem Tempo fortsetzen wird, erst im späteren Verlauf des nächsten Jahres deutlicher werden. Mit geschätzten 130 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen und 70 000 weniger Arbeitslosen wäre danach auch Ende 1995 erst ein kleiner Schritt auf einem langen Weg gelungen. Der gegenwärtige Ausgangspunkt ist dabei in Westdeutschland der gleiche wie Mitte der achtziger Jahre; damals wie heute sind 8¼% aller Erwerbspersonen arbeitslos. Insoweit hat sich zwar nicht die These bestätigt, daß der Sockel an Arbeitslosigkeit von Zyklus zu Zyklus steige, doch sind alle bis zu Beginn der neunziger Jahre erzielten Fortschritte wieder verlorengegangen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich um so dringender die Frage nach der Tragfähigkeit der Aufschwungskräfte auch über das Jahr 1995 hinaus und nach den dabei bestehenden Risiken. Kann vor allem damit gerechnet werden, daß die Inlandsnachfrage nun wieder nachhaltig zunimmt? Wäre das nicht der Fall, wäre bei dem engen Konjunkturverbund in Westeuropa und der Dominanz dieser Region in der deutschen Ausfuhr auch eine exportgetragene Fortsetzung des Aufschwungs unwahrscheinlich. Zweifel setzen häufig bei der Beobachtung an, daß die Belebung der Inlandsnachfrage im Frühjahr im wesentlichen „nur“ von expansiven Lagerdispositionen getragen worden ist. Die Aufstockung von Vorräten und die Bindung von mehr Vorprodukten im Produktionsprozeß sind aber gerade Ausdruck des Anspringens der Konjunktur. Der Hinweis auf die schleppende Entwicklung des privaten Konsums begründet ebenfalls keine Skepsis, ist er doch wegen der weitgehenden Abhängigkeit von den verfügbaren Einkommen und damit nicht zuletzt von den Veränderungen der Beschäftigung stets ein „Nachläufer“ der konjunkturellen Entwicklung.

Die Schlüsselrolle für die Konjunktur spielen vielmehr die Anlageinvestitionen, insbesondere die der Unternehmen. Hier zeugen die seit mehr als einem Jahr anhaltende, durchgreifende Besserung des Geschäftsklimas und die gestiegenen Bestellungen bei den Herstellern von Ausrüstungsgütern von einer deutlichen Reaktion auf verbesserte Rahmenbedingungen. Aber zugleich gibt es erhebliche Risiken. Im Vordergrund steht dabei der beachtliche Wiederanstieg des Kapitalmarktzinses seit Jahresbeginn; schließlich übt das Verhältnis zwischen Zins und Sachanlagenrendite einen entscheidenden Einfluß auf die Investitionsneigung aus. Der zinsbedingten Beeinträchtigung steht jedoch die starke Verbesserung der Ertragsperspektiven aufgrund der in der Rezession forcierten Rationalisierungsmaßnahmen und der anhaltend moderaten Lohnentwicklung gegenüber. Die Mehrheit der Institute kommt daher zu dem Schluß, daß „die Belastung des Investitionskalküls durch einen Anstieg des Kapitalmarktzinses, wie er sich seit Jahresbeginn vollzog, nicht zum Abbruch des Investitionsaufschwungs führt“.

Auch wenn sich so die Bedeutung des Zinsanstiegs in der gegenwärtigen Situation relativiert, erfordert die Sicherung des Aufschwungs eine Wirtschaftspolitik, die einer weiteren Erhöhung der Kapitalmarktzinsen entgegenwirkt und möglichst Bedingungen für eine Ermäßigung schafft, also für eine Abkoppelung von den Anstiegstendenzen insbesondere auf dem nordamerikanischen Kapitalmarkt. Dabei ist es kaum möglich, sich der Erhöhung des Realzinses zu entziehen, die sich aufgrund der weltwirtschaftlichen Erholung und der damit beschleunigt zunehmenden Kapitalnachfrage ergeben hat. Aber darüber hinaus hat offenbar auch die wieder höhere Einschätzung von Inflationsrisiken eine Rolle gespielt, insbesondere in den konjunkturell weit vorausgeeilten USA. Hier erscheint eine Abkoppelung möglich, wenn ein überzeugender Stabilitätskurs verfolgt wird.

Für Deutschland bedeutet das ein Festhalten an der potential- und stabilitätsorientierten Geldpolitik, auch wenn dies kaum noch Raum läßt für eine weitere Senkung der Leitzinsen durch die Bundesbank. Zugleich wirkt eine derartige Politik der Entstehung von Fehleinschätzungen der Tarifparteien bei den bevorstehenden Lohnverhandlungen entgegen. Anhaltende Mäßigung in der Lohnpolitik aber ist unerlässlich, wenn nicht die Chancen für den Übergang in eine länger andauernde, zur Schaffung vieler neuer Arbeitsplätze führende Aufwärtsentwicklung beeinträchtigt werden sollen.

Für die mittelfristige Entfaltung der Wachstumskräfte ist nicht zuletzt eine adäquate Finanzpolitik erforderlich. Es war unvermeidlich, daß der in den achtziger Jahren mit diesem Ziel eingeschlagene Konsolidierungskurs aufgrund der einigungsbedingten Erfordernisse unterbrochen wurde. Gleichwohl ist mit der Erhöhung der Staatsausgabenquote von knapp 46% des Bruttoinlandsprodukts 1989 auf jetzt reichlich 50% wieder eine Situation ähnlich wie zu Beginn der achtziger Jahre entstanden, als in der Größe des Staatssektors ein gravierendes Hemmnis für marktwirtschaftliche Dynamik gesehen wurde. Wenn nun zur Verringerung des hohen Staatsdefizits immer neue Anhebungen von Steuern und anderen Abgaben erfolgen, wird die Zurückdrängung von privaten Haushalten und Unternehmen auch auf der Einnahmenseite vollzogen. Problematisch ist dabei nicht primär der kurzfristige Ausfall von Nachfrage, sondern die mittelfristige Verschlechterung der finanzpolitischen Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Aktivität von Unternehmen und privaten Haushalten. Die damit verbundene Dämpfung des Wirtschaftswachstums erschwert in gleichem Zuge die angestrebte Konsolidierung des Staatssektors.

Die Mehrheit der Institute hält daher eine Senkung der – 1995 nochmals erhöhten – Abgabenbelastung für so dringlich, daß sie auch dann rasch vorangebracht werden sollte, wenn dies der erforderlichen Bremsung des Anstiegs der Staatsausgaben zeitlich vorangeht. Wird hier, unter dem Diktat verengter Ausgabenpielräume, ein überzeugender Sparkurs eingeschlagen, würde ein zunächst verlangsamter Abbau des staatlichen Finanzierungsdefizits kaum zu Zinssteigerungen führen. Die Durchsetzung einer derartigen Finanzpolitik, die Konsolidierung als Wachstumsstrategie verfolgt, stößt bei der notwendigen Einengung des Staatssektors sicherlich auf erhebliche Widerstände. Aber je länger ihnen nachgegeben wird, desto schwerer wird es, einen mittelfristigen Wachstumspfad zu erreichen, der eine nachhaltige Verringerung der Arbeitslosigkeit verspricht.